

## **Antrag**

**der Abgeordneten Kathrin Vogler, Dr. Martina Bunge, Karin Binder, Caren Lay, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Harald Weinberg und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Unabhängige Patientenberatung in Regelangebot überführen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Acht Jahre lang wurden Modelle einer Unabhängigen Patientenberatung (UPD) erprobt. Die Ergebnisse der Modellprojekte UPD belegen das gesellschaftliche Erfordernis einer unabhängigen Beratungsmöglichkeit für die Patientinnen und Patienten. Daher muss das bisherige Modellprojekt „Unabhängige Patientenberatung Deutschland/UPD“ in ein Regelangebot auf sicherer und ausgeweiteter Finanzgrundlage überführt und weiterentwickelt werden. Insbesondere die Förderung der Inanspruchnahme durch alle Bevölkerungsschichten muss ein erklärtes Ziel einer unabhängigen Beratungseinrichtung sein.

Die Erprobungsphase des Modellprojekts endet mit Ablauf dieses Kalenderjahres. Trotz aller Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP sowie Äußerungen des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten und anderer Politikerinnen und Politiker aus den Reihen der Koalitionsfraktionen liegt bislang kein Gesetzentwurf für die Fortführung einer Unabhängigen Patientenberatung vor. Wegen unklarer Zukunftsperspektiven steht zu befürchten, dass viele der qualifizierten Beraterinnen und Berater andere Jobangebote annehmen und damit die Qualität der UPD (bzw. einer nachfolgenden Organisation) leiden könnte. Daher muss unverzüglich eine Regelung zur Fortführung der Unabhängigen Patientenberatung auf den Weg gebracht werden, wenn die aufgebaute Infrastruktur nicht verloren gehen soll.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- dem Deutschen Bundestag umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Überführung der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) in ein Regelangebot vorsieht,
- die Evaluation der Unabhängigen Patientenberatung fortzusetzen und auf deren Basis eine Ausweitung der bislang 22 Beratungsstellen zu prüfen,
- insbesondere bei der Einrichtung neuer Beratungseinrichtungen und Entwicklung von Beratungskonzepten die Erkenntnisse aus der Evaluation hinsichtlich sozial ausgewogener Zugangsmöglichkeiten und der Inanspruchnahme auch durch sozial Benachteiligte sowie durch Migrantinnen und Migranten zu berücksichtigen,

- die personelle Besetzung in den Beratungsstellen auf Basis von Vollzeitstellen zu sichern und auszubauen, sowie tarifliche Gehaltssteigerungen einzuplanen,
- bei der Finanzierung der Unabhängigen Patientenberatung als gesellschaftliche Aufgabe neben der gesetzlichen Krankenversicherung anteilmäßig auch die private Krankenversicherung einzubeziehen.

Berlin, den 30. Juni 2010

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**